

# **DJV-Verbandstag 2008**

## **Rede**

**DJV-Bundesvorsitzender  
Michael Konken**

**(Es gilt das gesprochene Wort)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Gäste,

ein englischer Lord war mit seinem Gefolge auf dem Rückweg von einer langen Reise, als er unvermittelt zum Halten gezwungen wurde. Ein Fluss, der sonst als harmloses Gewässer galt, hatte sich zu einem reißenden Strom verwandelt. Die Pferde begannen zu scheuen, die Gefolgsleute bekamen es mit der Angst zu tun. Niemand würde dieses Wasser heil überqueren können. Am Ufer hatten die Fährleute ihre Boote festgezurr. Auch unter ihnen war keiner, der es wagen würde, sie an das andere Ufer überzusetzen. Oder doch? Der englische Lord schaute in die Runde und ging dann zielsicher auf einen der Männer zu. Dieser band, als wäre es selbstverständlich, seine Fähre los, sicherte das Pferdegespann und brachte den Lord und sein Gefolge unbeschadet über den Fluss. „Sir“, fragten seine Männer, „was machte Euch so sicher, dass gerade dieser Fährmann die Fahrt wagen würde?“ „Nun“, antwortete der Lord, „im Gegensatz zu allen anderen dort am Ufer strahlte er Kompetenz aus!“

Kompetenz? Nun, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es gibt sie wirklich noch, die Menschen, die in einer förmlich explodierenden, immer unübersichtlicher werdenden Medienlandschaft mit Kompetenz täglich ihre Arbeit verrichten, dafür sorgen, dass Qualität weiter der Maßstab ist, dass wir Journalisten den Spielraum und die Rahmenbedingungen haben, um Qualität umzusetzen. Für die über 70.000 hauptberuflich tätigen Kolleginnen und Kollegen in Deutschland, egal ob fest oder frei, heißt der Fährmann Deutscher Journalisten-Verband. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich mit einem Höchstmaß an Überzeugung. Denn auch wenn die Zahl der Journalisten- und Medienorganisationen wächst, zählt am Ende nur die Qualität. Es geht um das, was wir für die Mitglieder leisten – und das kann sich weiterhin sehen lassen. Wir werden auch künftig daran arbeiten, die Palette und die Qualität unserer Dienstleistungen für die Journalistinnen und Journalisten zu verbessern. Damit wir auch bei hohem Pegelstand die Fähre sicher ans andere Ufer bringen.

Doch wie sieht es im Arbeitgeberlager mit kompetenten Fährleuten aus? Mit Frauen und Männern, die ihren Verlag oder Sender auch in Krisenzeiten sicher manövrieren, sich für das journalistische Produkt ohne wenn und aber einsetzen? Fehlanzeige! Jede kleine Krise wirft sie um, jede kleine Krise nehmen sie zum Anlass, mit der Entlassung von Kolleginnen und Kollegen zu drohen, um Kosten zu sparen, Leiharbeit und Outsourcing zu praktizieren oder freien Journalisten noch geringere Honorare zu zahlen.

Ich denke etwa an Bodo Hombach, der bei der WAZ 30 Millionen einsparen und 300 Stellen abbauen will, auf Podiumsdiskussionen fernab der Essener Konzernzentrale aber gebetsmühlenartig von Qualität und gerechten Arbeitsbedingungen redet. Ein Fährmann ist er nicht, eher ein Leichtmatrose der Medienwirtschaft. Ihm fehlen Ideen und Visionen, um auch in stürmischen Gewässern die Flaggen der nordrhein-westfälischen WAZ-Titel hoch zu halten. Die Folgen sollen – dieses Muster kennen wir leider nur zu gut – diejenigen ausbaden, die Tag für Tag Hombachs Blätter qualitativ auf Kurs halten: die Journalistinnen und Journalisten. Herr Hombach, ich kann Ihnen heute schon versprechen: So einfach, wie Sie sich den Sanierungskurs vorstellen, wird er nicht funktionieren. Nicht auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen, nicht auf Kosten der journalistischen Qualität!

Normalerweise müsste es Führerscheine für solche Manager geben, die man ihnen bei derart eindeutigen Versagen entziehen muss. Aber genau wie in der Finanzkrise sind immer andere schuld – auch dann, wenn sie Entwicklungen wieder einmal falsch eingeschätzt haben, wieder einmal mehr auf Gewinnmaximierung anstatt auf Sicherheit der Arbeitsplätze und Erhalt der Qualität gesetzt haben.

Ungeachtet aller Zumutungen, Probleme, manchmal auch Schikanen vermitteln unsere Kolleginnen und Kollegen Zuversicht, schaffen es, mit ihrer Zeitung, Zeitschrift, Sendung oder mit ihrem Internetbeitrag seriös Nachrichten zu vermitteln, da sie wissen, einen wertvollen, nicht zu ersetzenden Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung zu leisten. Doch wo sind die, die ihnen diese Arbeit erleichtern? Wo sind die, die täglich dafür sorgen müssten, dass die Rahmenbedingungen der Arbeit ideal sind, da nur so Leistung und Qualität möglich sind?

Es sind diejenigen, die an unseren medialen Ufern stehen, die unseren Forderungen nach Verständnis, Akzeptanz und mutigen Entscheidungen ausweichen, sich davonschleichen, wenn es um bessere Arbeitsbedingungen, um angemessene Bezahlung geht. Zu diesen Menschen haben wir kein Vertrauen mehr, da sie Gesprächen und Verhandlungen aus dem Weg gehen, lieber im eigenen Vorstandsbüro einsame Entscheidungen treffen, statt gemeinsam mit uns und den Mitarbeitern publizistisch und sozial verträgliche Lösungen zu suchen. Und: Wo Vertrauen und Kompetenz fehlen, wird nichts gewagt. Wo nichts gewagt wird, wird aber auch nichts gewonnen. Sie sind Sachverwalter, Profiteure ohne Bindung zu dem, was sie erfolgreich macht: zu ihren Arbeitnehmern.

Fakt ist, dass das Vertrauen unserer Kolleginnen und Kollegen in die Führung der deutschen Medienunternehmen schwindet. Arbeitsplatzabbau, Outsourcing und Leiharbeit auf der einen Seite, immer höhere Gehälter für die Führungskräfte auf der anderen Seite. Das Empfinden für soziale Gerechtigkeit geht verloren. Unsere Kolleginnen und Kollegen schauen mittlerweile genauer hin, beobachten intensiver und wollen Veränderungen, wollen sichere Arbeitsplätze, wollen gerechte Bezahlung, fordern den Wegfall unterschiedlicher Arbeitsbedingungen.

Nirgends wird das soziale Gefälle innerhalb von Redaktionen so deutlich wie bei der Leiharbeit. Es sind Verleger, die wie auf den Frachtschiffen dieser Welt Personal zu Billiglöhnen einstellen. Das Unwesen der Leiharbeit steht weiter ganz oben auf unserer Agenda. Leiharbeit zur Überbrückung kurzzeitiger Personalengpässe ist in Ordnung, Leiharbeit zur dauerhaften Umgehung tarifvertraglicher Pflichten ist eine Schande. Das sieht der Europäische Gerichtshof ähnlich: Erst kürzlich hat er entschieden, dass die unterschiedliche Bezahlung von tariflichen Mitarbeitern und Leiharbeitnehmern nicht dauerhaft anhalten darf. Die Verleger wären gut beraten, dieses Urteil intensiv zu studieren.

Tarifflichtige Verleger betreiben ein Geschäft mit der Angst. Dort wo Journalisten nicht mal einfach so zur Konkurrenzzeitung wechseln können, wo die nächste Medienmetropole 100 Kilometer weit entfernt ist, geht die Rechnung manches Mal auf. Denn die Angst sitzt, sie ist verinnerlicht. Und wenn wir in diesen Tagen und Wochen unter dem Motto „Unsere Arbeit ist mehr wert“ für eine angemessene Erhöhung der Gehälter und Honorare kämpfen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, kämpfen wir auch für mehr Selbstbewusstsein. Dann kämpfen wir dafür, dass alle Journalisten wieder stolz sind, diesen Beruf auszuüben, dass sie wieder

einen Sinn darin sehen, zu informieren, aufzuklären, zu bewerten, Missstände anzuprangern, den Lesern, Zuschauern und Zuhörern die Augen und Ohren zu öffnen. Ich frage Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Gibt es ein anschaulicheres Beispiel für die Notwendigkeit kritischer Berichterstattung als die aktuelle Weltfinanzkrise? Die rasante Zunahme der Klickzahlen von handelsblatt.com, wiwo.de oder spiegel online zeigt uns doch, dass die Menschen uns brauchen, dass sie bei Journalisten und ihren Qualitätsmedien nach Antworten auf drängende Fragen suchen. Wenn sich das jeder von uns täglich bewusst macht, dann bin ich zuversichtlich, dass das Spiel mancher Verleger mit der Angst auf Dauer nicht aufgeht.

Im Printbereich kämpfen wir darum, dass der Manteltarifvertrag wieder geschlossen wird, die Altersversorgung nicht zum Spielball von Zugeständnissen wird, der Tarifvertrag auch für die Onliner gilt und zudem noch annehmbare finanzielle Forderungen für die Festangestellten und die Freien erfüllt werden.

Aus diesem Grund machen wir mit unserer Kampagne „Unsere Arbeit ist mehr wert“ der Öffentlichkeit deutlich, wie wichtig die Arbeit unserer Kollegen ist. Eine Kampagne, die aber auch – und das muss ich heute deutlich sagen – durch Aktionen in den Redaktionen noch stärker als bisher mit Leben gefüllt werden muss.

Sie muss offensiv unterstützt werden, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen:

- Wer nicht zeigt, dass er unzufrieden ist, der wird nicht wahrgenommen.
- Nur der massive Protest erreicht die Verleger.
- Nur Proteste haben in der Vergangenheit etwas bewegt.
- Wer nicht protestiert, der zeigt, dass er mit den Verhältnissen einverstanden ist.
- Wir brauchen eure Unterstützung.
- Wer jetzt nicht gegen Verschlechterungen kämpft, der trägt dazu bei, dass wir alle verlieren.
- Junge Kolleginnen und Kollegen: Denkt an morgen, denkt daran, dass Ihr dann nichts, aber auch gar nichts zurückdrehen könnt, was an sozialen Errungenschaften für Euch erkämpft wurde.
- Wir alle haben die Verpflichtung, weiter dafür zu kämpfen, was unsere Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahrzehnten mühsam erstritten haben.

Es ist es mehr als wichtig, die laufenden Tarifverhandlungen mit Protesten und Aktionen zu unterstützen, denn die festen und freien Journalisten an Tageszeitungen und Zeitschriften müssen immer mehr Leistung bei sinkendem Realeinkommen erbringen. Der Mantel muss geschlossen, die Alterssicherung darf zu keinem Thema von Zugeständnissen werden.

Sie, die Verleger, stehen in der sozialen Verantwortung.

Das Gehalt der Redakteure wurde seit 2006 in zwei Stufen nur um insgesamt 2,5 Prozent erhöht. Darüber hinaus wurden Berufsjahre gestrichen. Im Zeitraum 2005 bis 2008 stieg die Teuerungsrate um 6,9 Prozent. Parallel nahm die Arbeitsverdichtung in den Redaktionen durch Personalabbau zu: Von über 15.300 Redakteuren und fast 1.400 Volontären im Jahr 2000 sank ihre Zahl bis 2006 auf knapp 14.200 Redakteure

und rund 1.100 Volontäre. Wir haben Opfer gebracht, als es den Verlagen schlecht ging, jetzt sieht es anders aus.

Die Bruttowerbeeinnahmen der Tageszeitungsverlage lagen im Boomjahr 2000 bei rund vier Milliarden Euro, 2007 waren es 5,5 Milliarden Euro. Die Bruttowerbeeinnahmen umfassen nicht die Regional- und Rubrikenwerbung, die nach Angaben des BDZV vier Fünftel des Geschäfts ausmachen.

Die großen Verlage hatten im vergangenen Jahr Traumergebnisse. Auch wenn die Auflagen wieder etwas gesunken sind, so heißt das nicht, dass es zu dramatischen Einbrüchen bei den Renditen kommt: Axel Springer erwirtschaftete im ersten Halbjahr 2008 in der Zeitungssparte Deutschland eine Umsatzrendite von 25 Prozent. Das nationale Zeitungsgeschäft ist bei Springer nach eigenen Angaben „der bedeutendste Renditeträger im Konzern“ – so nachzulesen in der Halbjahresbilanz 2008 auf Seite 7. Springer bringt etwa 23 Prozent der täglichen Zeitungsauflage bundesweit auf den Markt.

Auch Burda erreichte einen Höchststand: 2006 und 2007 erzielte das Unternehmen mit Steigerungen von jeweils fünf Prozent die höchsten Umsätze seit Bestehen des Konzerns. Bei Gruner + Jahr gelang 2006 die höchste Umsatzsteigerung seit Jahren mit neun Prozent.

Von diesem Erfolg müssen jetzt auch diejenigen profitieren, die mit ihrer Arbeit jeden Tag aufs Neue die Gewinne erwirtschaften: die Journalistinnen und Journalisten.

Nicht erst die internationale Finanzkrise hat uns in unseren Bedenken gegen ausländische Investoren im Medienbereich bestärkt, die kein anderes Ziel verfolgen, als die übernommenen Medienbetriebe auszulutschen auf Kosten der publizistischen Substanz. Was David Montgomery und sein Vollstrecker Josef Depenbrock anrichten, haben wir, haben die Kolleginnen und Kollegen der BV Deutsche Zeitungsholding in den vergangenen Wochen schmerzlich erfahren müssen. Dass diese Finanzsauger schon seit einiger Zeit auch den Medienbereich mehr als gefährden, wurde von der Politik immer verniedlicht. Das Beispiel des Berliner Verlags zeigt, wie nach und nach die wirtschaftliche Ausbeutung ohne Kompromisse vorangetrieben wird.

Wer eine Qualitätszeitung ausschließlich unter Renditeerwartungen führen will, hat die gesellschaftlich herausgehobene Stellung des Mediums Zeitung nicht begriffen und ist dabei, sie aus Gewinnstreben zu vernichten. Dieser Herr Depenbrock ist nicht mehr als ein willenloser Vollstrecker finanzieller Interessen. Ein journalistisches Herz schlägt nicht in ihm.

Robert Bosch, einer der weitsichtigsten Unternehmer der Wirtschaftsgeschichte, hat einmal gesagt: „Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich viel Geld habe, sondern ich habe viel Geld, weil ich gute Löhne zahle.“ Es stünde Unternehmern in der Medienbranche gut zu Gesicht, die Löhne und Gehälter, die sie zahlen, nicht in erster Linie als Ausgaben zu sehen, sondern als Investitionen – als Investitionen in das Wichtigste, was sie haben: ihre Mitarbeiter. Und wem das vielleicht schon zu sozial klingen mag – Löhne und Gehälter sichern auch die Kaufkraft der Konsumenten, die unsere Produkte kaufen und unsere Dienstleistungen in Anspruch nehmen sollen.

In diesem Zusammenhang zitiere ich den Nationalökonom und Soziologen Max Weber. Er hatte bereits 1919 drei Eigenschaften gefordert: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Ein Anspruch, den wir jedem Verleger, jedem Intendanten als Leitwert täglich vor Augen halten sollten.

Fest steht indessen, dass lediglich stromlinienförmig funktionierende Ausbeuter wie Montgomery kaum für Leidenschaft bekannt sind, dass Verantwortung oft mit der bloßen Wahrnehmung des eigenen Vorteils verwechselt wird und dass das Auge eher selten das Gemeinwohl unserer Kollegen und das der Öffentlichkeit im Blick hat.

Wenn wir nicht alle aufstehen, uns immer wieder öffentlich wehren, dann werden sie so weitermachen. Unsere Solidarität ist unser Kampfinstrument.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch wenn wir einerseits um vernünftige Rahmenbedingungen kämpfen, müssen wir andererseits auch unser Berufsbild im Auge behalten, das sich kontinuierlich verändert und verändern wird. Die Perspektivkommission Berufsbild hat sich diesen Fragen gestellt und einen Antrag formuliert, den der Bundesvorstand Euch zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegt. Ziel der Modifizierungen ist es, unser in der Fachöffentlichkeit immer wieder gelobtes Berufsbild den aktuellen Tendenzen anzupassen. Auch in Zukunft werden wir uns intensiv damit auseinandersetzen müssen, dass unser Beruf weiterhin starke Konturen hat, aber auch verhindern, dass er zu einer Willkürbezeichnung all derjenigen wird, die da meinen, PC-Tasten bedienen oder einen Stift halten zu können.

Der Qualitätsausweis unseres Berufes wird auch künftig unser Presseausweis sein. Er ist weiterhin die Legitimation für professionelle Journalistinnen und Journalisten. Auch wenn er nicht mehr „amtlich anerkannt“ ist, so wird sein Stellenwert nicht leiden. Ich verstehe bis heute nicht die Innenministerkonferenz, die es nunmehr geschafft hat, ihm diese Anerkennung zu verweigern. Das zeugt von Unwissenheit, Ignoranz und fehlendem Sachverstand. Aber: Der Presseausweis hat nach dem Rückzug der Innenminister nichts von seiner Qualität eingebüßt.

Der Presseausweis ist auch weiterhin für alle hauptberuflich tätigen Journalisten der Türöffner zu Informationen und journalistische Legitimation gegenüber Sicherheitskräften, wirtschaftlichen und politischen Institutionen und anderen.

Ich habe in den vergangenen Jahren immer wieder die Einschränkungen der Pressefreiheit angeprangert. Fast täglich haben wir uns mit diesem Thema beschäftigt, interveniert, sind rechtlich dagegen vorgegangen. Nur so war es möglich, schlimmere Einschnitte zu verhindern, wobei mich die Worte „schlimmere Einschnitte“ wütend machen. Denn eigentlich dürfte es überhaupt keine Einschnitte geben. So ist das BKA-Gesetz, das weitgehende Befugnisse für das Bundeskriminalamt zur Abwehr von Terrorismus und schweren Straftaten vorsieht, ein weiterer massiver Einschnitt. Inhalt des neuen Gesetzes ist, dass das Bundeskriminalamt von Journalisten die Herausgabe von Recherchematerial verlangen kann, obwohl ein Zeugnisverweigerungsrecht zum Schutz der Informanten besteht.

Mit diesem Gesetz werden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts schlicht ignoriert. Es entzieht in der Tat Journalisten den Schutz, den sie bei ihren Recherchen unbedingt brauchen. Die Appelle an die Politiker, dieses Gesetz zugunsten der Pressefreiheit zu verhindern, haben nichts gefruchtet. Jetzt kommt es – wie so oft in den letzten Jahren – auf die höchsten Gerichte in Deutschland an, im Nachhinein die Grundrechte zu schützen und politische Entscheidungen zu korrigieren. Leider notwendig, aber ein Armutszeugnis für die politische Kultur in unserem Land, wie ich meine.

Das gilt auch für die heimliche Online-Durchsuchung. Sie muss endlich ad acta gelegt werden. Ob Vorratsdatenspeicherung, Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchung oder Telekom-Affäre: Der DJV hat klar Position bezogen und dagegen gekämpft. Und das werden wir auch weiterhin tun, weil die Pressefreiheit für uns Grundlage unserer Arbeit und historische Verantwortung gleichermaßen ist.

Lasst es mich klar sagen: Die Pressefreiheit in Deutschland ist gefährdet. Egal ob auf Bundes- oder Landesebene: Staatliche Schnüffeleien in den Computern von Redaktionen und freien Journalisten sind mit dem Grundrecht der Pressefreiheit nicht vereinbar.

Der Europarat denkt zum Glück anders als die Politik in Deutschland. Insofern ist seine aktuelle Resolution zur Pressefreiheit und zur Bedeutung der Medien in Demokratien ein wichtiger Schritt. Sie betont den hohen Stellenwert der Pressefreiheit für die demokratische Entwicklung der Mitgliedsländer und hebt die Unabhängigkeit der Medien hervor. Die Teilnahme der Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen setzt eine gut informierte Öffentlichkeit voraus, heißt es an zentraler Stelle der Resolution, die der Europarat vor wenigen Tagen angenommen hat.

Das Thema Medien wird auf europäischer Ebene immer wichtiger. Wir waren auch in diesem Jahr wieder in Brüssel und haben wichtige Medienthemen auf höchster Ebene diskutiert. Erfolgreich. Denn vieles, was in der Resolution des Europarats steht, haben wir angesprochen und Vorschläge unterbreitet.

Wie wichtig Pressefreiheit ist, haben uns die vergangenen Olympischen Spiele gezeigt. Es waren Olympische Spiele der Presseunfreiheit und Zensur. Trotz der Garantie freier Berichterstattung durch die chinesische Staatsführung wurden die Arbeitsmöglichkeiten der rund 25.000 internationalen Journalistinnen und Journalisten immer wieder eingeschränkt. Kritische, freie und ungehinderte Berichterstattung war in China nicht möglich.

Erschreckend für mich war, mit welcher Gleichgültigkeit die IOC-Verantwortlichen über die Kritik der Weltöffentlichkeit an den Zensurversuchen der chinesischen Behörden hinweggegangen sind. Die Peking Spiele gehen für mich als Spiele der Unfreiheit in die Annalen des internationalen Sports ein.

Doch auch bei Veranstaltungen in Deutschland wird die Freiheit der Berichterstattung regelmäßig eingeschränkt. Ich erinnere an die Unsitte, dass bei Konzerten nur für wenige Minuten und nur aus einem bestimmten Block fotografiert werden darf oder aktuell an Einschränkungen der Berichterstattung durch den FC Bayern München. Die, die so etwas machen, vergessen, dass letzten Endes wir es sind, die Künstler

und Sportler prominent machen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf freie Informationen und freies Bildmaterial.

Die Freiheit der Berichterstattung, die Freiheit, unsere Meinung frei zu äußern, das ist eine Freiheit, für die wir alle kämpfen müssen. Ludwig Erhard sagte vor 50 Jahren, dass Freiheit nur dort herrscht, wo sie in den Sitten- und Rechtskodex eines Volkes eingebaut ist und zum allgemeinen verpflichtenden Gebot, zum höchsten Wert der Gemeinschaft wird. Es bleibt unsere Aufgabe, in diesem Sinne zu wirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Medien vollziehen im Moment einen rasanten Wechsel. Das Internet ist schon lange zu einer dritten Säule in der Medienlandschaft geworden. Als mediale Plattform hat es auch für die klassischen Medien eine unverzichtbare Bedeutung.

Dies wurde jüngst besonders deutlich, als es um den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ging. Noch nie wurde so um Abgrenzungen gefochten, noch nie gab es derart heftige Diskussionen.

Bei allem Streit, der sich da entfachte: Es wäre mir lieber gewesen, die Protagonisten hätten sich selbst geeinigt und nicht der Politik weitestgehend das Handeln überlassen. Staatsferne, liebe Kolleginnen und Kollegen, Staatsferne definiere ich anders.

Das Internet ist mittlerweile zu einer Plattform der Begierde geworden. Alle sehen darin die mediale Plattform der Zukunft. Dabei weiß niemand, wie sich dieses Medium entwickeln wird. Ob wirklich einmal damit Geld verdient werden kann? Ich kann diese Frage nicht beantworten, bezweifle es aber mit Blick in die Vergangenheit. Verdienen werden die großen Portale: Google, Microsoft, Youtube. Sie werden sich vom Werbekuchen die größten Stücke abschneiden. Wir werden dafür kämpfen müssen, dass vor allem für die freien Onlinejournalisten am Ende nicht nur Brosamen übrig bleiben.

Trotz dieser Fakten geht der Kampf ums Internet weiter. Die Verleger kämpfen gegen die Onlineaktivitäten der Öffentlich-Rechtlichen, die wiederum schlagen zurück, nutzen jede Möglichkeit, sich zu rechtfertigen. Wenn doch beide endlich einmal erkennen würden, dass sie Inseln der Qualität sind und es nur zusammen gelingen kann, dies auch in Zukunft zu leben! Um es deutlich zu sagen: Die Onlineaktivitäten der Öffentlich-Rechtlichen dürfen nicht zu ökonomischen Problemen im Printbereich oder bei den privaten Rundfunkanbietern führen. Hier muss es klare Abgrenzungen geben. Ziel muss es sein, wieder mehr junge Menschen mit Qualitätsmedien zu erreichen. Vielfalt und Informationen für die öffentliche Meinungsbildung, die so wichtig für das Funktionieren unserer Demokratie ist, müssen auch und besonders an die jungen Menschen gelangen, die sich mittlerweile von den klassischen Medien entfernt haben. Nur mit komprimierten Angeboten der Qualitätsmedien und durch Onlineaktivitäten können wir die jungen Menschen wieder erreichen, sie und andere vom Mainstream unseriöser Nachrichten und seichter Unterhaltung abbringen. Eine wichtige Aufgabe, die bisher noch nicht richtig und intensiv umgesetzt wurde. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Wollen die Qualitätsmedien bestehen, dann müssen sie den Schulterschluss vollziehen, bevor andere den Streit nutzen, um Qualität zur Lachnummer in der Welt des multimedialen Entertainments zu machen. Wir stehen schon fast am Scheidepunkt. Kämpft darum, dass der Niedergang der publizistischen Qualität nicht eingeläutet wird. Denn dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnten wir den Journalismus beerdigen.

Dem gesellschaftlichen Diskurs sind alle verantwortlich, auch unsere freien Journalistinnen und Journalisten, deren Zahl beständig wächst. Auch wenn die Lage vieler freier Kolleginnen und Kollegen nicht immer rosig ist, so meine ich mit einem gewissen Stolz feststellen zu können, dass wir für unsere Freien äußerst aktiv sind. Wir sind kein schwerfälliger Tanker, wir sind ein funktionierender Verband, der sich auch und besonders um die freien Kolleginnen und Kollegen kümmert.

Mit der Initiative „Frei. Fair. Handeln!“, die ihre Auftaktveranstaltung hinter sich hat, wollen wir dazu beitragen, dass es zu einer Verbesserung im Verhältnis der Freien zu den fest angestellten Redakteurinnen und Redakteuren kommt. Jeder von uns, der fest angestellt ist, kann dazu beitragen. Ich appelliere heute an Euch: Setzt unsere Initiative in der täglichen Arbeit um! Kollegialität zu leben heißt, dies auch im täglichen Umgang zu praktizieren.

Ein noch ungelöstes Problem ist die Situation der Freien beim NDR. Ein Thema, das gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern wichtig ist. Aber auch beim RBB gibt es Tendenzen, die Arbeit der Freien künftig unsicherer zu machen. In einem persönlichen Gespräch habe ich Mitte des Jahres den neuen Intendanten des NDR aufgefordert, die Arbeitseinschränkungen für die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senders aufzuheben. Die bisherigen Verbesserungen zeigen zwar den guten Willen, sind aber noch keine Lösung in unserem Sinn.

Weder aus programmlichen noch aus juristischen Gründen ist das Vorgehen des NDR gegen seine freien Mitarbeiter gerechtfertigt. Es ist notwendig, dass sich der Sender endlich an den geltenden Tarifvertrag hält. Die Initiative „Freie im Norden“ wird weiterkämpfen, wir werden sie unterstützen und ich bin stolz, dass sich junge Kolleginnen und Kollegen gemeinschaftlich zur Wehr setzen. Macht weiter so! Wir stehen an Eurer Seite, denn ohne die Freien müsste der NDR sein Programmangebot erheblich einschränken.

Aufgeschreckt haben uns im September auch die Pläne zur Abschaffung der Künstlersozialkasse. Wir haben dagegen Stellung bezogen, haben viele Gespräche gesucht und gefunden, haben Verbündete gefunden. Mittlerweile ist das Thema vom Tisch und ich kann nur für die Zukunft fordern: „Finger weg von der Künstlersozialkasse, die zu einer wichtigen sozialen Einrichtung für freie Journalisten geworden ist, die ihnen ein Netz an sozialer Sicherheit bietet!“

Teilen der Wirtschaft ist sie ein Dorn im Auge, besonders dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der nicht müde wird, gegen die soziale Absicherung von Künstlern und Publizisten zu polemisieren. Dies zeigt, dass der DIHK keine Ahnung vom Innenleben dieser äußerst effektiv und sparsam arbeitenden Versicherung hat und auch keine Ahnung von sozialen Pflichten. Wer Gewinne mit freien Journalisten macht, der soll auch für deren Absicherung zahlen. Das ist das Prinzip unseres Sozialstaates.

Als kompetenter Ansprechpartner hat sich der DJV in der Medienszene mittlerweile einen Namen gemacht. In der Medienberichterstattung konnte der DJV seine bereits gute Position weiter ausbauen. Die Zahl der Medienartikel, in denen der DJV erwähnt wurde, stieg um 30 Prozent auf knapp 1.500. Die Themenpalette reichte von der Vorratsdatenspeicherung über die Tarifrunde Print bis zur schwierigen Situation beim Berliner Verlag, die der DJV stets als engagierter Partner der Beschäftigten begleitet hat.

Ab und zu gibt es dann auch etwas Gegenwind, besonders dann, wenn eitle Chefredakteure sich kritisiert sehen – so jüngst, als ich die von Kai Diekmann so gepriesene Idee der Videojournalisten angriff. Nach seinen Leserreportern versucht er jetzt, mit dieser komischen Nummer journalistische Berichterstattung noch weiter auf die Ebene von Laien zu verlagern. Das erinnert an Micky Mouse und Fix und Foxi, aber nicht an seriösen Journalismus.

Auch wenn solche Auswüchse unsere Qualitätsdebatte immer wieder beeinträchtigen, wir werden dieses Thema unverdrossen weiter führen. Neben den unterschiedlichen Aktivitäten der AG Qualität sowie der Initiative Qualität haben wir Ende September eine Expertentagung mit Wissenschaftlern journalistischer Studiengänge sowie Vertretern von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen veranstaltet. Mit großem Erfolg. Denn wir wurden gebeten, dieses Thema als bundesweite Klammer zu koordinieren und weitere Veranstaltungen zu organisieren. Die Rolle des DJV als kompetenter Ansprechpartner auch in Aus- und Weiterbildungsfragen wurde damit unterstrichen und ausgebaut.

Auch in anderer vielfältiger Weise hat der DJV im vergangenen Jahr wieder seine Kompetenz deutlich gemacht. Erfolgreich waren die Tarifverhandlungen bei den Agenturen AP, AFP und Reuters sowie zuletzt beim Tarifverband Privater Rundfunk mit einer Erhöhung der Tarifgehälter um 3,8 Prozent. Mit den drei Agenturen wurden Gehaltserhöhungen vereinbart, die sich in der Branche ebenfalls sehen lassen können. Bei AP betrug die lineare Erhöhung 3,5 Prozent, bei AFP für 2008 im Volumen 4,1 Prozent und in den beiden Folgejahren je 2,5 Prozent, bei Reuters 3 Prozent linear für alle und leistungsbezogen für rund ein Drittel der Mitarbeiter nochmals 1 bzw. 2 Prozent drauf.

Erfolgreich war auch der DJV-Journalistinnenntag „Frau macht Medien“ im März in Köln mit rund 125 Teilnehmerinnen. Sie hat gezeigt: Die Gleichstellung von Mann und Frau im Journalismus, die Chancengleichheit in den Redaktionen und auf den Karriereleitern nach oben ist längst noch nicht überall Wirklichkeit. Hier ist für uns noch viel zu tun.

Vor uns liegen weitere große Herausforderungen. Dabei wird uns ab Frühjahr des kommenden Jahres nicht mehr Hubert Engeroff unterstützen, der seit März 1986 als Hauptgeschäftsführer für den DJV tätig war. Er geht in den wohlverdienten Vorruhestand. Nachfolger wird der bisherige 1. Geschäftsführer des DJV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Kajo Döhring.

Lieber Hubert, das ist dein letzter DJV-Verbandstag. Vielleicht denkst du: Es wird auch Zeit, vielleicht denkst du aber auch an schöne Zeiten. Und wenn es gerade in den vergangenen Jahren nicht immer einfach war, so wirst du hoffentlich die Zeit als

angenehme, abwechslungsreiche und schöne Jahre in Erinnerung behalten. Danke für die geleistete Arbeit. Du übergibst deinem Nachfolger einen funktionierenden und finanziell gesunden Verband. Dein offizieller Abschied wird noch kommen, aber wir, die Delegierten sagen dir heute schon danke!

Ein Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle, an die Aktiven in den Fachausschüssen und Landesverbänden und an die Landesvorsitzenden und Geschäftsführer für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dank aber auch an meine Kolleginnen und Kollegen im neuen Bundesvorstand, der schnell in der Arbeit kollegial zusammengefunden hat. Wir arbeiten zurzeit an einem Papier mit dem Titel DJV 2015, in dem wir möglichst viele Fragen und Themen einer künftigen Weichenstellung auflisten und diese abschließend mit Euch diskutieren wollen. Wir stellen uns der Zukunft, die noch viele Chancen für uns hat, die aber auch weiterhin einen starken DJV benötigt. Dafür wollen wir uns aufstellen.

Die Mitgliedschaft im DJV ist ein Paket von Leistungen. Die Mitgliedschaft im DJV soll aber auch Spaß machen, Spaß im Zusammensein mit Gleichgesinnten, ein Vorteil im Erfahrungsaustausch, sei es hier oder auf den Fachtagungen, Kongressen oder Journalistentagen des DJV. Wir alle sind Teil der starken journalistischen Marke „DJV“, einer Marke, die zugleich unsere Heimat ist. Wir werden uns weiter kümmern, werden unsere Stimme erheben, um für unseren Beruf, für unsere Pressefreiheit, für unsere Rahmenbedingungen zu kämpfen, Lasst uns auch künftig gemeinsam die Ziele angehen, seien wir Fährmänner und Fährfrauen für den englischen Lord, sprich für unsere Kolleginnen und Kollegen. Dann ist mir um die Zukunft, um die Kompetenz im DJV nicht bange.